Neue Regierungskrise im Reich.

Die zwei Flügel der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 27. Oktober.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" schreibt:

In Erwartung eines baldigen Zusammentritts des Reichstags leistet die Rechtspresse eifrig Vorarbeit für eine neue Reichskrise. U. a. soll in der Volkspartei ein starker Flügel vorhanden sein, der es ablehnt, weiter mit der Sozialdemokratie gemeinsam in der Regierung zu sitzen. Die Stärke dieses Flügels, dessen Führung der Abg. Marxzky hat, ist der Öffentlichkeit im Verlauf der letzten Reichskrise nicht unbekannt geblieben. Ob er inzwischen eine Stärkung erfahren hat, scheint uns zweifelhaft. Immerhin möchten wir heute weder einer Krise das Wort reden, noch das Gegenteil für die Zukunft behaupten. Jedenfalls trägt in erster Linie die Reichsregierung Schuld, wenn in den kommenden Tagen das Reich durch eine neue Krise in Erschütterung gebracht werden sollte.

*

Um die große Koalition.

Wir lesen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung": Wir haben schon mehrfach auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die entstehen müssen, wenn in so leidenschaftlich erregten Zeiten wie den jetzigen die Regierung sich auf mehrere, in ihren Grundanschauungen stark auseinandergehende Parteien stützt und von beiden Flanken her durch starke Oppositionsparteien bedroht wird. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" veröffentlicht nunmehr eine Mitteilung, wonach in den Kreisen der Deutschen Volkspartei das Mißbehagen über die politische Entwicklung immer mehr wachse; man wende sich gegen die Absicht, den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln, man verfolge mit steigendem Mißtrauen die Haltung der Sozialdemokratie, zumal nach den Ereignissen in der Pfalz und in den sozialistisch-kommunistisch regierten Staaten, man erstrebe deshalb den Anschluß an die Deutschnationalen. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei veröffentlicht inzwischen eine Erklärung durch die Nat.-lib. Korrespondenz, daß die Reichstagsfraktion dem Artikel im „Lokalanzeiger" fernstehe. Damit ist natürlich nicht bestritten, daß die Stimmung vielfach in der Partei den im „Lokalanzeiger" gekennzeichneten Weg geht. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die „Kölnische Zeitung" schon am vorigen Sonntag die folgenden Sätze geschrieben hat:

„Die Zukunft Deutschlands hängt von der Schaffung einer politischen Macht und deren Organisation in einem starken Staat ab. Diese kann nur gebildet werden durch den nationalen Willen, der ohne demagogische Rücksichten auf Stimmungen und Wünsche der Massen rücksichtslos seinen Weg geht. Es ist besser, die internationalistisch durchsetzten Elemente von vornherein auszuscheiden und mit einem kleineren, aber in sich geschlossenen Heer in die Schlacht zu gehen, als mit einem größeren, in dem sich Elemente befinden, auf die alle Augenblicke Rücksicht genommen werden muß und die dann doch im entscheidenden Augenblick den Kampf verlassen und Verwirrung in die Reihen bringen. Nur durch einen geschlossenen nationalen Willen kann auch der Unersättlichkeit des französischen Imperialismus Halt geboten werden."

*

Die rechtsstehenden Kreise fühlen sich zweifellos gegenwärtig stark genug, um die Regierung ohne die Sozialdemokratie zu führen. Für die Sozialdemokratie wird hinwiederum die Frage entscheidend sein, ob für sie der Kurs der Reichsregierung tragbar ist.

*

Säuberung.

Berlin, 27. Oktober.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit", schreibt:

Wie wir durch Rückfrage an kompetenter Stelle festgestellt haben, steht die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei der Äußerung des „Lokal-Anzeigers" vollkommen fern. Es beginnt also jetzt wieder dasselbe Spiel, das wir vor dem Ausbruch der letzten Krisis erlebt haben, ein Spiel, das zum mindesten den Anschein erweckt, als ob Teile der Deutschen Volkspartei sich in die Scheri-Presse flüchteten, um von dort aus eine Pressehetze zu inszenieren, die sich letzten Endes gegen das Kabinett und gegen den Kanzler Dr. Stresemann richtet. Daraus ergeben sich Folgen, die von der Partei einfach nicht ertragen werden können. In allen Kreisen der Deutschen Volkspartei ist die Auffassung vorherrschend, daß nach dieser Richtung hin unbedingt Ordnung geschaffen werden muß.

Verdoppelung der Briefgebühren.

Berlin, 27. Oktober.

Unter dem Zwange der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten, den Zeitungen bereits bekanntgegebenen Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandverkehrs verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 1. November ab 100 Mill. M., die Fernpostkarten 40 Mill. M. Weitere voraussichtliche sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

„Die Lage in Sachsen".

Zu dem unter obigem Titel in der „Sächsischen Staatszeitung" erschienenen Aufsatz des Präsidenten der Thüringischen Staatsbank und Mitgliedes des Direktoriums der Sächsischen Staatsbank, Herrn W. Loeb, schickt uns Herr Bürgermeister Dr. Külz, Mitglied des Reichstags, eine Erwiderung, der wir folgendes entnehmen:

„In Ihrem Aufsatze beschäftigen Sie sich auch mit einer Veröffentlichung von mir im „Berliner Börsencourier" und zitieren daraus folgenden Satz:

„Die Industrie leidet schwer unter dem Ruf, in dem Sachsen im Deutschen Reiche und in der Welt steht. Auswärtige Aufträge und auswärtige Kredite fließen der sächsischen Industrie nur mangelhaft zu, weil man Ruhe und Ordnung im Lande nicht für gewährleistet hält."

Sie glauben, diese Äußerungen dahin kennzeichnen zu müssen, daß sie nichts anderes seien, als in der Form sehr vorsichtige, in der Sache aber klare und deutliche Aufforderungen, den augenblicklichen Leitern der sächsischen Politik wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Es liegt mir daran, festzustellen, daß mir mit meinen Ausführungen nichts ferner gelegen hat, als den von Ihnen vermuteten Erfolg herbeizuführen. Ich kann auch, bei nochmaliger Prüfung des Wortlautes, nicht finden, daß meine Worte objektiv geeignet sind, die von Ihnen geäußerte Auffassung hervorzurufen. Ohne auf irgendwelche kritische Würdigung einzugehen, stelle ich einfach die ja auch Ihnen bekannte Tatsache fest, daß Sachsen schwer unter seinem gegenwärtigen Rufe leidet. Ich bin mir dabei recht wohl bewußt, daß manche Nachrichten, die über unser Land verbreitet worden sind, übertrieben waren, aber leider genügt die ungeschminkte Wahrheit vollkommen, um den Ruf Sachsens aufs schwerste zu gefährden. Ich will an dieser Stelle davon absehen, hierfür Tatsachen im einzelnen anzuführen, weil dadurch nichts gewonnen, wohl aber vieles geschadet werden könnte. Niemand wünscht aufrichtiger als ich, daß die Wirtschaft Sachsens recht bald von allen Hemmungen befreit werden möchte. Den gleichen Wunsch hege ich für die sächsische Finanzwirtschaft."

Wenn Herr Dr. Külz Sachsens geschädigten Ruf als Tatsache unterstellt, so darf er nicht übersehen, daß diese Schädigung ausschließlich auf die in alle Welt posaunten Tatarennachrichten reaktionärer Blätter zurückzuführen ist. Wir brauchen uns nur auf das Zeugnis einsichtiger Parteigenossen des Herrn Dr. Külz zu berufen, die die bedauerlichen Wirkungen dieser Pressehetze öffentlich gebrandmarkt haben. D. Red.

Der Streik in den Braunkohlengebieten

dauert leider immer noch an und gefährdet in steigendem Maße einen großen Teil der sächsischen Stromversorgung. Bereits Freitag war in den Verhandlungen in Berlin über die Lohnhöhe, über die Lohnstaffelung und über die Streikfrage des Kern- und Randgebietes eine Einigung erzielt und der Streik damit als erledigt erklärt worden. Verschiedene Privatunternehmer jedoch machten geltend, ihre sämtlichen Arbeiter inzwischen fristlos entlassen zu haben und nur 75 % wieder einstellen zu können, weil sich inzwischen die Wirtschaftslage ganz wesentlich zuungunsten der Industrie geändert habe und Aufträge für den Vollbetrieb noch nicht wieder vorlägen. Das betrachteten jedoch die Arbeiter als Maßregelung und deshalb geht der Streik auf der ganzen Linie weiter.

Die Arbeiter des staatlichen Braunkohlenwerkes Hirschfelde waren nicht fristlos entlassen; selbstverständlich denkt der Staat auch nicht daran, Entlassungen aus Anlaß des Streiks vorzunehmen. Im Gegenteil hat die staatliche Braunkohlenverwaltung die streikenden Arbeiter sogar mit billigen Kartoffeln, mit Margarine, Fleisch, Mehl usw versorgt. Sie erkennen das auch dankbar an, glauben jedoch, aus Gründen gewerkschaftlicher Solidarität weiterhin mit streiken zu müssen.

Die Stromlieferung für die sächsische Landesversorgung konnte bisher durch die Wiederinbetriebnahme der Elbtalzentrale für die Stromerzeugung und die stärkere Heranziehung der sonst noch im Lande bestehenden eigenen Stromerzeugungsanlagen der staatlichen Strom beziehenden Elektrizitäts-Werke teilweise aufrechterhalten werden, sodaß wenigstens die lebensnotwendigen Betriebe des ganzen Landes mit Strom versorgt werden konnten. Hierbei hat sich der Zusammenschluß sämtlicher Werke durch das Leitungsnetz der Landesstromversorgung als außerordentlich vorteilhaft erwiesen, da sonst einzelne große Landesteile schon längst hätten dauernd unversorgt bleiben müssen. Aus dem gleichen Grunde war auch besonders die Nachtstromversorgung unbeschränkt möglich, sodaß sogar einzelne strombeziehende Betriebe, die am Tage eingeschränkt werden mußten, zur vollen Versorgung während der Nacht übergegangen sind.

Über die Forderung der gesamten mitteldeutschen Belegschaften auf Lohnzahlung in Goldwährung soll Mittwoch, 31. d. M., im Reichsarbeitsministerium erneut verhandelt werden.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgesetzblatt. Die am 26. Oktober ausgegebene Nr. 105 von Teil I enthält: Ges. über die weitere Verlängerung der Verjährungsfrist des Seeversicherungsrechts; Vdg. über Berechnung der Zulagen in der Unfallversicherung; Vdg. über Zulagen in der Unfallversicherung für die 2. Hälfte des Monats Oktober 1923; Vdg. zur Änderung der Vdg., betr. die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern; Bek. über das Reichsgesetzblatt; Vdg. über Vereinfachungen im Post- und Postscheckverkehre, sowie 2. Vdg. zur Neuregelung der im Handelsgesetzbuch sowie in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen. — Die am 26. Oktober ausgegebene Nr. 106 von Teil I enthält: Vdg. über den Handel mit ausländ. Zahlungsmitteln u. Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse; Vdg. zur Sicherstellung des Warenumlaufs; 2. Vdg. über die Wechselsteuer; 3. Vdg. zur Änderung der Haftungsgrenze im Reichshaftpflichtgesetze, sowie Vdg. zur Entlastung der Finanzbehörden (Entlastungsvdg.).

Sächsisches Gesetzblatt. Die unterm 25. Okt. ausgegebene Nr. 46 enthält: Änderung der Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer vom 8. 6. 1903; Bek. über Erweiterung der Strafbefugnis an den Gemeindevorstand in Gelenau; Übergangsvorschrift zur Gemeindeordnung; 7. Änderung des Ges. über die Besserung der wirtschaftl. Verhältnisse der Hebammen; Vdg. über den Verpflegsatz für Gefangene in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenanstalten; Vdg. über die staatl. Kosten in Sachen der Flurbuchverwaltung; Neufestsetzung der Gebühren für Sachverständige in Enteignungsangelegenheiten, sowie 5. Vdg. über die Anpassung der Schlachtsteuer an den Geldwert.

Bezirkstag.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hielt gestern vormittag einen Bezirkstag ab. Amtshauptmann Dr. Schulze machte zunächst die Mitteilung, daß die Stadt Freital aus dem Bezirksverband ausscheiden werde und wies auf die dadurch notwendigen Auseinandersetzungen hin. Dadurch würden aber auch Neuwahlen zum Bezirksausschuß bzw. zur Bezirksversammlung stattzufinden haben. Dann ging er auf die Finanzlage des Bezirkes ein, die infolge der Geldentwertung natürlich ein ganz anderes Gesicht zeige als bei der seinerzeitigen Aufstellung des Haushaltplanes. Immerhin habe man von einer neuen Umlage auf die Gemeinden absehen können. Die Höhe des bis jetzt gedruckten Notgeldes betrage 34 ½ Billionen, doch habe ein Auftrag zum Druck von weiteren 2 Billiarden gleich 2000 Billionen gegeben werden müssen. — Der Bezirkstag genehmigte sodann die Vergnügungssteuerordnung des Bezirksverbandes, den 4. Nachtrag zur Schankerlaubnissteuer und die Getränkesteuerordnung. Ein Schreiben des Fürsorgeverbandes wegen Vermittlung von Familienpflegestellen für Fürsorgezöglinge.

Tageschronik.

Drei Milliarden für eine Milliarde.

Berlin, 26. Oktober.

Von der Berliner Kriminalpolizei ist eine Anzahl von Personen, darunter mehrere Galizier, festgenommen worden, die sich mit der Ausfuhr deutscher Papiergeldschreine ins Ausland befaßten. In Berlin wie in verschiedenen Städten an der holländischen Grenze sind Koffer und Kollis Papiergeld im Gewicht von mehreren Zentnern beschlagnahmt worden. Die Händler, die gegen Bürgschaft wieder freigelassen worden sind, haben im Durchschnitt an einer Milliarde verschobenen Geldes drei Milliarden verdient.

Devisenkurse. 27. Oktober.

Telegraphische Auszahlung auf:		27. 10. Geld	27. 10. Brief
Holland	1 Gulden	24 538 500 000	24 661 500 000
Dänemark	1 Krone	10 972 500 000	11 027 500 000
Schweden	1 Krone	16 588 500 000	16 641 500 000
Norwegen	1 Krone	9 675 750 000	9 724 250 000
Helsingfors	1 fin. Mk.	1 675 800 000	1 684 200 000
Schweiz	1 Frank	11 27175 0 000	11 328 250 000
Wien (d.-österr. abgest.)	100 Kr.	897 750 000	902 250 000
Prag	1 Krone	1 875 300 000	1 884 700 000
Budapest	1 Krone	3 491 250 000	3 508 750 000
Spanien	1 Peseta	8 379 000 000	8 421 000 000
Brüssel-Antwerpen	1 Frank	3 132 150 000	3 147 850 000
Italien	1 Lire	2 793 000 000	2 807 000 000
London	1 Pfd. Sterl.	284 287 500 000	285 712 500 000
New York	1 Dollar	64 837 500 000	65 162 500 000
Paris	1 Franc	3 670 800 000	3 689 200 000
Buenos Aires	1 Peso	19 950 000 000	20 050 500 000
Bulgarien	1 Leva	593 512 000	596 488 000

— **Die Verhältniszahl,** die für die Anpassung der Gemeindeabgaben an die Geldwertänderung maßgebend ist, wurde heute auf 2 Millionen festgesetzt.

Verwaltungsassistent f. Einw.-Melde- u. Polizeiamt, **Beamtenanwärter** für Kasse od. Verwaltung baldigst gesucht. Bewerber Gr. V, Ortskl. B. Bew. b. 5. 11. erb. **Stadtrat Radebeul** (Bez. Dresden-A.) 6456

Tüchtiger Beamter mit rechten Erfahrungen in Girosachen gesucht. Besoldung nach staatl. Grundsätzen, evtl. auch höher, dann allerdings Anstellung im Privatdienstvertrag. Gesuche mit den üblichen Beilagen und Porto für Rückantwort einzureichen an **Gemeindevorstand zu Kirschau** (Bez. Dresden). 6453

Beamtenanwärter für Girokasse für sofort gesucht. Besoldung diät. nach Gr. V, Ortskl. C. Gesuche bis 5 Nov. erb. Meinersdorf (Erzgeb.), 26. 10. 23. **Der Gemeindevorstand.** 6454

Ko — Konzertdirektion F. Ries — Ri

5. November, Montag 7½, Palmengarten
Lieder-Abend
Erich Reichelt
Am Bechstein: Der Sänger.

6. November, Dienstag, 7½, Künstlerhaus
Violin-Konzert
Cyril Towbin.
Am Bechstein: Kapellmeister Eugen Balzhn.

Karten: F. Ries, Seestr. 21 (9—1, ½4 bis ½6). Reinicke. Abendk.

Mittwoch, 7. Nov. und Wiederholung Sonntag, 11. Nov. abends ½8 Uhr, **Vereinshaus**
Szenen aus 6445
GOETHES FAUST (II. Teil)
Einführung und verbindende Worte **Dr. Karl Wolff**
Vortragende: Bruno Decarli, Erich Ponto, Alice Verden, Lilli Kann, Margar. Schulze.
Karten Carl Tittmanns Buchh. Prager Str. 19.

Angestellter
45 J., m. reich. Kenntn. auf vielen Gebieten, erfahr. Kommunal- u. Sozialpolitiker, kaufm. u. journalist. art., Referent- u. Organisationstalent, sucht, weg. s. republ. Gesinnung entlassen, sofort oder später entsprech. Stellung. Angeb. u. R. A. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 5 P frei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Tageskalender.

Sonntag, 28. Oktober.

Staatstheater.

Opernhaus.

Madame Butterfly. Anfang 7 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Montag: Lohengrin. Zum 500. Male. Anfang ½6 Uhr. Ende ¾10 Uhr.

Schauspielhaus.

(Außer Anrecht): Maxe b. Anfang 7 Uhr. Ende ¾10 Uhr.

Montag: (Anrechtsreihe A): Schluck und Jan. Anfang ½8 Uhr. Ende ¼11 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus.

Mein Vetter Eduard. (B. B. B. 7301—7600.) Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Montag: Schweiger. (B. B. B. 7601—8200.) Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Neues Theater

(Haus d. Kaufmannschaft) Die Hose. (Dr. B. 2001—2335.) Anf. ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Montag: Die Hose. (Tr. B. 2381 bis 2560.) Anfang ½8 Uhr.

Residenztheater.

Nachmittags ½4 Uhr: Unbestimmt. — Abends ½8 Uhr: Der Graf von Luxemburg.

Montag: Der Graf von Luxemburg. Anfang ½8 Uhr. Ende ½11 Uhr.

Zentraltheater.

Täglich ½8 Uhr: Ballette-Vorstellung.

GEBR. ARNHOLD
DRESDEN Gegründet 1864 BERLIN
Wir haben eine Abteilung für
wertbeständigen Zahlungsverkehr
neu errichtet.
Mit mündlichen und schriftlichen Auskünften stehen wir gern zu Diensten.
6458

Vorteilhaft kauft man bei [6434
Strickjacken-Hofmann
Dresden-Altstadt, Sternpl. 2, Eing. Annenstr. — Tel. 29059
Spezialhaus für Strickwaren
Straßenbahn 7, 8, 10, 15, 20

Familiennachrichten.

Verlobt: Hr. Bankvorstand Alfred Frauloh mit Frl. Ella Schubert in Dresden; Hr. Wilibald Pohl in Kloster zur Hühndorf (Wusoruff) mit Frl. Linda Kmoch in Lauske (Pommritz). — **Vermählt:** Hr. Werner Greiert mit Frl. Cilly Neulen in Dresden. — **Gestorben:** Hr. Stadtrat a. D. Karl Heinrich Köllner (72 J.) in Altenberg i. E.; Frau Ida verw. Krüger geb. Löbel in Dresden-Blasewitz; Frau Oberstudiendirektor Else Dittmar geb. Reimde in Zittau; Hr. Carl Praetorius (57 J.) in Leipzig; Hr. Zollinspektor Julius Gustav Mannewitz in Hohnstädt b. Grimma.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.